



**Tagesordnung für die 22. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Verfassung,
Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung
in der Wahlperiode 2019/2023 am 21.03.2023**

Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung	Vorlage-Nr.
1	Einwohnerfragestunde	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Niederschrift über die 21. öffentliche Sitzung in der 20. Wahlperiode am 24.01.2023	V+G/VGB 19/2023
3	Sachstandsbericht	
3.1	Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV	V+G/VGB 18/2023
4	Vorlagen/Vorträge	
5	Anträge	
6	Anfragen	
7	Mitteilungen	
8	Verschiedenes	

T. von Haaren
Stadtverordnetenvorsteher

Bremerhaven, 23.02.2023

Vorlage Nr. V+G/VGB 19/2023		
für die Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung am 21.03.2023		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Niederschrift über die 21. öffentliche Sitzung in der 20. Wahlperiode am 24.01.2023

Die Niederschrift über die 21. öffentliche Sitzung am 24.01.2023 ist zu genehmigen.

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

T. von Haaren
Stadtverordnetenvorsteher

Anlage: - Entwurf Niederschrift



N i e d e r s c h r i f t

über die 21. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung in der Wahlperiode 2019/2023 am 24.01.2023

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 16:07 Uhr

Teilnehmende:

Vorsitz

Herr Stadtverordnetenvorsteher von Haaren (SPD)

SPD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Reimelt
Frau Stadtverordnete Ruser
Herr Stadtverordneter Viebrok

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Kargoscha
Herr Stadtverordneter Müller (für Herrn Raschen)
Frau Stadtverordnete von Twistern

Fraktion GRÜNE PP

Herr Stadtverordneter Kaminiarz
Frau Stadtverordnete Niehaus

BIW-Fraktion

Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

Fraktion DIE LINKE

Herr Stadtverordneter Brand

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Prof. Dr. Hiltz, MdBB

AfD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Jürgewitz, MdBB

Entschuldigt:

Frau Stadtverordnete Knorr (Einzelstadtverordnete)
Herr Stadtverordneter Niedermeier (GRÜNE PP)
Herr Stadtverordneter Raschen, MdBB (CDU)

Schriftführung:

Herr Jährling
Herr Littmann

Weitere Teilnehmende:

Verwaltung:

Frau Grafelmann (Rechnungsprüfungsamt)
Frau Behr (Rechnungsprüfungsamt)
Frau Pinter (Rechnungsprüfungsamt)
Herr Raether (Rechnungsprüfungsamt)

Gesamtpersonalrat:

Herr Riebensahm

Personalrat Allgemeine Verwaltung:

Herr Rosenbohm

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN eröffnet die Sitzung um 16:00 Uhr. Er stellt fest, dass die Sitzungsunterlagen fristgerecht zugegangen sind und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Anträge zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Ausschuss ist mit der vorliegenden Tagesordnung einverstanden.

1. Einwohnerfragestunde**1.1. Einwohnerfrage F. R. - Vereidigung von Mitgliedern des Magistrats****V+G/VGB
74/2022**

Name, Vorname des Fragestellenden:	R., F.
Datum der Anfrage:	22. November 2022
Thema der Anfrage:	Vereidigung von Mitgliedern des Magistrats
Angefragt:	Stadtverordnetenvorsteher von Haaren
Frage: Kann mittelfristig die Vereidigung von Mitgliedern des Magistrats abgeschafft werden?	

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Die Abschaffung des § 48 Abs. 3 der Verfassung für die Stadt Bremerhaven, wonach die Mitglieder des Magistrats von der Stadtverordnetenvorsteherin oder dem Stadtverordnetenvorsteher vereidigt und in ihr Amt eingeführt werden, würde nicht dazu führen, dass die Magistratsmitglieder keinen Eid mehr zu leisten hätten.

Denn sowohl für die ehrenamtlichen als auch für die hauptamtlichen Magistratsmitglieder finden § 47 des Bremischen Beamtengesetzes und § 38 des Beamtenstatusgesetzes Anwendung, die die Beamtin oder den Beamten zur Leistung eines Dienstoides verpflichten. Die Abschaffung der Vereidigung der Magistratsmitglieder würde somit sowohl die Änderung von landes- als auch bundesgesetzlichen Regelungen erfordern.

2. Genehmigung der Niederschrift

2.1. Niederschrift über die 20. öffentliche Sitzung in der 20. Wahlperiode am 22.11.2022

**V+G/VGB
3/2023**

Diskussionsteilnehmende: Keine

Beschluss:

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

Der Beschluss ergeht bei 2 Enthaltungen (Müller, Timke).

3. Sachstandsbericht

3.1. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GStVV

**V+G/VGB
8/2023**

Diskussionsteilnehmende: Keine

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den 12. Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4. Vorlagen/Vorträge

4.1. Satzung für die migrantische Interessenvertretung hier: Vereinbarkeit mit der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

**V+G/VGB
65/2022**

Stadtverordneter KAMINIARZ stellt folgenden Änderungsantrag:

Der Ausschuss für Verfassung und Geschäftsordnung bittet das Rechtsamt zu prüfen, **ob, und wenn ja**, an welchen Stellen bei der Satzung für die migrantische Interessenvertretung eine Inkompatibilität mit der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung besteht.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss (Änderungsantrag Kaminiarz):

Der Ausschuss für Verfassung und Geschäftsordnung bittet das Rechtsamt zu prüfen, ob, und wenn ja, an welchen Stellen bei der Satzung für die migrantische Interessenvertretung eine Inkompatibilität mit der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung besteht.

Der Beschluss ergeht bei 1 Enthaltung (Jürgewitz).

Beschluss:

Der Ausschuss für Verfassung und Geschäftsordnung bittet das Rechtsamt zu prüfen, ob, und wenn ja, an welchen Stellen bei der Satzung für die migrantische Interessenvertretung eine Inkompatibilität mit der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung besteht.

Der Beschluss ergeht bei 1 Enthaltung (Jürgewitz).

5. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

6. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

7. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

8. Verschiedenes

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN informiert den Ausschuss, dass die Fraktion GRÜNE PP eine personelle Veränderung im Vorstand der Stadtverordnetenversammlung anstrebe. Die Fraktion GRÜNE PP habe ihm mitgeteilt, dass bei der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 9. Februar 2023 Herr Kaminiarz (für Herrn Niedermeier) als Beisitzer in den Vorstand der Stadtverordnetenversammlung gewählt werden solle.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN schließt die Sitzung um 16:07 Uhr.

Vorsitzender

Schriftführung

T. von Haaren
Stadtverordnetenvorsteher

Littmann

Bremerhaven, 21.02.2023

Vorlage Nr. V+G/VGB 18/2023		
für die Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung am 21.03.2023		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV

Der Vorsitzende des Ausschusses für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung –öffentlicher Teil - hat gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV zu jeder ordentlichen Ausschusssitzung eine schriftliche Auflistung der umzusetzenden Beschlüsse und des jeweiligen Bearbeitungsstandes vorzulegen.

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

T. von Haaren
Stadtverordnetenvorsteher

Anlage: - Sachstandsbericht

Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung

13. Sachstandsbericht öffentlich, Stand: 21.02.2023

Lfd. Nr.	Beschlussdatum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Zuständigkeit (Dez./Amt)	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
21	22.11.2022	V+G/VGB 71/2022	<p>Änderung des Entschädigungsortsgesetzes; hier §§ 6, 9, 14 und 16 EntschOG (Modifizierung Erwerbsausfallregelung, Höhe der Aufwandsentschädigung und Definition Rücklagen)</p> <p><u>Beschluss:</u></p> <p>1. Eine Rundung der für die Gewährung von Erwerbsausfallzahlungen erfolgt pro Tag.</p> <p>2. Auch Hausfrauen und –männer haben einen noch festzulegenden Anspruch auf Erwerbsausfalleistungen.</p> <p>3. Die Regelung, wonach selbständig tätige Stadtverordnete und selbständig tätige ehrenamtliche Magistratsmitglieder, die zugleich in einem Beschäftigungsverhältnis stehen keinen Anspruch auf Erwerbsausfall aus ihrer Selbständigkeit haben, wird angepasst.</p>	Rechtsamt	In Bearbeitung	Dez. 22: Das Rechtsamt wurde gebeten, den am 22.11.2022 getroffenen Beschluss umzusetzen und einen Entwurf eines Ortsgesetzes in die StVV einzubringen. .

Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung

13. Sachstandsbericht öffentlich, Stand: 21.02.2023

			<p>Eine klarstellende Regelung bezüglich des begrenzt zu berücksichtigen Zeitraumes für Selbstständige wird mit aufgenommen.</p> <p>4. Den Begriff Rücklagen so zu definieren, dass der Konto- und Kassenbestand zum Ende eines Jahres gemeint ist. Diesbezüglich ist auch eine Anpassung der Ausführungsbestimmungen zur Haushalts- und Wirtschaftsführung der Fraktionen erforderlich.</p> <p>5. Es wird mit aufgenommen, dass die Aufwandsentschädigung jeweils zum 1. Juli eines jeden Jahres um den Prozentsatz angepasst wird, um den sich die Entschädigung der Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) erhöht oder verringert.</p>			
22	24.01.2023	V+G/VGB 65/2022	Satzung für die migrantische Interessenvertretung	Rechtsamt	In Bearbeitung	Jan. 23 an das Rechtsamt versendet.

Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung

13. Sachstandsbericht öffentlich, Stand: 21.02.2023

			<p>hier: Vereinbarkeit mit der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung</p> <p><u>Beschluss (24.01.2023):</u></p> <p>Der Ausschuss für Verfassung und Geschäftsordnung bittet das Rechtsamt zu prüfen, ob, und wenn ja, an welchen Stellen bei der Satzung für die migrantische Interessenvertretung eine Inkompatibilität mit der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung besteht.</p>			
--	--	--	---	--	--	--